

## LINKSEXTREMISMUS

## Falsches Spiel

Mehr Straftaten und noch mehr Gewalttaten: Es sind gefährliche Tendenzen des Linksextremismus, die Bundesinnenminister Thomas de Maizière gestern mit dem Verfassungsschutzbericht 2009 vorlegte. Und der Blick in die Gegenwart zeigt, dass die Gewalt weiter eskaliert, schließlich warfen erst Mitte Juni Linksradikale während einer Demonstration in Berlin einen Sprengsatz auf Polizisten. Eine derartige Brutalität gab es in der Szene lange nicht mehr. Der Inlandsgeheimdienst tut also gut daran, die Entwicklung genau zu beobachten.

Die Linkspartei indes wünscht sich, dass der Staat auf dem linken Auge blind wird. Grundgesetztreu sei man, versichert man dort, der Verfassungsschutz könne gestrost wegschauen. Für etliche Mitglieder mag das stimmen, für andere nicht. Unter der Hülle Linkspartei haben diverse verfassungsfeindliche Gruppen eine Heimat gefunden – etwa die Kommunistische Plattform, die Sozialistische Linke oder das Marxistische Forum. Von der Gewalt als Mittel der Politik hat sich dort kaum einer distanziert. Die Linkspartei treibt ein heuchlerisches Spiel: Einerseits duldet sie Extremisten in ihren Reihen – getrieben von dem Verlangen, links von der Linkspartei jede Wählerstimme aufzusaugen. Andererseits hält sie die Plattformen auf Distanz, um sie im Bedarfsfall als Sektierer abtun zu können. Da erstaunt es nicht, dass die Linke immer noch kein Parteiprogramm hat, schließlich erleichtert die politische Unschärfe das Anwerben neuer Mitglieder. Der Verfassungsschutz allein wird gegen politisch Radikale in diesem Land nichts ausrichten können. Auch die Linke muss handeln – und endlich mit einem Parteiprogramm die freiheitlich-demokratische Grundordnung anerkennen.

ALEXANDER DAHL



## Rot-Grün verhandelt und hofft

Heute beginnen die rot-grünen Koalitionsgespräche in Nordrhein-Westfalen, mit von der Partie ist die Grünen-Fraktionschefin Sylvia Löhrmann (Bild). Dabei haben beide Parteien gar keine Mehrheit. Woher soll die Unterstützung im Landtag kommen? SPD-Generalsekretär Michael Groschek warb gestern für Abweicher von CDU und FDP. Die Linkspartei hat unterdessen signalisiert, dass sie auch zu einer rot-rot-grünen Zusammenarbeit an Rhein und Ruhr bereit wäre.

dpa

## INLAND

## Streit um Fahrverbote

Berlin: Der Unions-Innenpolitiker Wolfgang Bosbach (CDU) sieht in Fahrverboten eine geeignete Strafe bei kleineren Delikten. „Selbstverständlich ist ein Fahrverbot eine empfindliche Sanktion“, sagte er. „Das erleben wir ja jeden Tag vor deutschen Gerichten. Da wird ja mehr gekämpft gegen das Fahrverbot oder gar gegen die Entziehung der Fahrerlaubnis als um die Höhe des Bußgeldes.“ Die Justizminister der Länder wollen bei ihrer Konferenz über das Thema beraten. Niedersachsens Ressortchef Bernd Busemann (CDU) zählt zu den Befürwortern von Fahrverboten.

dpa

## Grüne sehen weichere CDU

Düsseldorf: Nach dem angekündigten Rückzug des nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Jürgen Rüttgers (CDU) erwarten die Grünen auf Bundesebene Zugeständnisse von Kanzlerin Angela Merkel. „Die Kanzlerin muss jetzt mit der Opposition in Fragen des Atomausstiegs, der Haushaltskonsolidierung und der Gesundheitspolitik zusammenarbeiten“, sagte der Grünen-Vorsitzende Cem Özdemir. Schwarz-Gelb habe schließlich keine Mehrheit mehr im Bundesrat.

dpa

## Schutz vor Rauchen gestoppt

Saarbrücken: Der Verfassungsgerichtshof des Saarlandes hat das strenge Nichtraucherschutzgesetz in zentralen Punkten vorläufig gestoppt. Nach einer am Montag verfügten einstweiligen Anordnung kann das ab 1. Juli vorgesehene strikte Rauchverbot in Gaststätten zunächst nicht in Kraft treten. Vielmehr gelten die bisherigen Ausnahmen für inhabergeführte Lokale und höchstens 75 Quadratmeter große Gaststätten mit eingeschränktem Speiseangebot weiter. Damit wird ein zentrales Projekt der Jamaika-Koalition verschoben.

dpa

## Streit um Autobahnmaut

Stuttgart: Das Land Baden-Württemberg will sich beim Bund und den anderen Ländern dafür einsetzen, dass Spediture auf die Autobahnmaut nicht noch zusätzlich Gewerbesteuer zahlen müssen. Auslöser ist der Fall eines Spediteurs aus Reutlingen: Das Finanzamt hatte den Unternehmer aufgefordert, auf die abgeführte Lastwagen-Maut noch Gewerbesteuer zu zahlen, berichtete die „Wirtschaftswoche“. Zur Begründung hieß es, bei der Maut handle es sich um eine Miete für die Benutzung der Autobahn, und Mieten würden zur Berechnung der Gewerbesteuer herangezogen.

dpa

## Kürzungen beim Städtebau

Berlin: Eine Kürzung der Mittel für den Städtebau hat Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) angekündigt. „Die Bundesregierung muss in einem einmaligen Kraftakt insgesamt 80 Milliarden Euro bis zum Jahr 2014 einsparen. Das ist schmerzhaft, aber unumgänglich. Auch in der Städtebauförderung wird es Einsparungen geben“, sagte Ramsauer. Gleichzeitig kündigte er ein Förderprogramm für ländliche Räume an. Dies sei ein Teil der „Initiative Ländliche Infrastruktur“. In diesem Jahr stünden dafür 18 Millionen Euro zur Verfügung.

ap

## Polizei beklagt Datenregeln

Wiesbaden: Die Polizei beklagt durch die derzeit untersagte Vorratsdatenspeicherung Missstände bei der Verbrechenaufklärung. „Zahlreiche Fälle belegen, dass wir ohne den Zugriff auf Vorratsdaten eine erhebliche Sicherheitslücke haben“, sagte BKA-Präsident Jörg Ziercke. Es gehe um die Aufklärung von Kapitalverbrechen, um Fälle des schweren sexuellen Missbrauchs von Kindern und um Internetkriminalität. So sei es unlängst nicht möglich gewesen, die Besitzer von über 200 000 Computern davor zu warnen, dass ihre Rechner unbemerkt zu kriminellen Zwecken verwendet wurden.

dpa

## Höhere Gesundheitskosten

Berlin: Auf die Versicherten der gesetzlichen Krankenkassen kommen höhere Kosten zu. „Die Zusatzbeiträge oder das Volumen werden sicherlich steigen“, sagte der CDU-Gesundheitspolitiker Jens Spahn. Es gehe darum, eine breitere Finanzierungsgrundlage für die gesetzliche Krankenversicherung sicherzustellen. Dies müsse zügig geschehen. „Es muss bis zur Sommerpause klar sein, wie es weitergeht“, sagte der CDU-Politiker. „Wir müssen das System ändern.“

dpa

## Sicherungsverwahrung wird wieder zurechtgestutzt

Justizminister suchen neue Regelung für gefährliche Schwerverbrecher

VON SARAH PANCUR

Berlin. Die Sicherungsverwahrung von Straftätern soll künftig nur noch in wenigen Ausnahmefällen möglich sein. Neue Pläne von Justizministerin Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) sehen vor, dass die Verwahrung in Zukunft auf bestimmte Fälle wie Sexual- und Gewalttäter beschränkt wird. Zudem soll die Sicherungsverwahrung nur noch möglich sein, wenn sie bereits im Urteil – zumindest vorbehaltlich – vorgesehen war. Doch aus den Ländern regt sich Protest. Auf der Frühjahrskonferenz der Justizminister in Hamburg am Mittwoch und Donnerstag wollen Bund und Länder eine gemeinsame Linie finden.

Die Zeit drängt. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) hatte im Dezember 2009 einem Häftling aus Hessen recht gegeben, dessen Sicherungsverwahrung nachträglich verlängert worden war. Da sich die Sicherungsverwahrung faktisch nicht von der Haftstrafe unterscheidet, handele es sich bei der nachträglichen Verlängerung der Haft um einen Verstoß gegen die Menschenrechtskonvention.

In der Kritik steht seitdem die Strafrechtsreform von 1998, bei der unter anderem die bis dahin geltende Begrenzung der Sicherungsverwahrung auf zehn Jahre aufgehoben wurde. Das erlaubte der Justiz, Straftäter, die ihre Strafe verbüßt hatten, nachträglich auf unbegrenzte Zeit einzusperren. Nach Angaben des Bundesjustizministeriums stieg die Anzahl der Straftäter in Sicherungsverwahrung von 257 Fällen im Jahr 2001 auf 500 Fälle im vergangenen Jahr.

Das Bundesjustizministerium arbeitet seit dem Regierungswechsel an einem neuen Gesetzesentwurf, mit dem ein neues Gleichgewicht zwischen Opferschutz einerseits und der Garantie von den Grundrechten der Täter andererseits gefunden werden soll. Die von Leutheusser-Schnarrenberger vorgelegten Eckpunkte bezeichnen der niedersächsische Justizminister Bernd Busemann (CDU) als „Schritt in die richtige Richtung“. Kritik übt der Minister jedoch an der geplanten Beschränkung auf bestimmte Tätergruppen. Dies sei „nicht sachgerecht“. „Wenn andere Straftäter eine Gefahr für die Bürgerinnen und Bürger sind, müssen auch sie in Sicherungsverwahrung untergebracht werden können.“

Auch die von der Bundesjustizministerin geplante „vorbehaltene Sicherungsverwahrung“ ist nicht unumstritten. Der Tübinger Strafrechtsprofessor Jörg Kinzig etwa bezweifelt, dass die Regelung den Vorgaben des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte entspreche. „Da habe ich Bedenken“, sagt der Experte. Der Straßburger Gerichtshof begründete sein Urteil damit, dass sich die Sicherungsverwahrung kaum wesentlich von dem Vollzug einer Freiheitsstrafe unterscheidet. „Doch das müsste sie, und dafür braucht man neue Konzepte und mehr Personal“, sagt Kinzig.

Es stelle sich auch die Frage, bei wie vielen Leuten der Vorbehalt einer Sicherungsverwahrung infrage komme. Wären es sehr viele, könne das dazu führen, dass die Fälle, in denen Sicherungsverwahrung am Ende tatsächlich angewandt werde, deutlich zunehmen. Die Beschränkung der Regelung auf Täter, die beson-

ders schwere Delikte verübt haben, findet Kinzig wichtig. Schließlich würden Menschen bei dieser Regelung für noch nicht begangene Straftaten verwahrt. Dies dürfe nur im Notfall geschehen. Bisher werde die Sicherungsverwahrung nicht nur bei Triebtätern, sondern auch beispielsweise bei Betrügern angewandt. „Da stellt sich die Frage der Verhältnismäßigkeit“, betont Kinzig.

Schnelles Handeln ist angesagt, denn aufgrund des Urteils des EGMR könnten in naher Zukunft etwa 70 bis 80 Straftäter in Sicherungsverwahrung freikommen, schätzt Kinzig. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion fordert deshalb den Einsatz elektronischer Fußfesseln für Altverbrecher nach ihrer Entlassung. Hamburgs Justizsenator Till Steffen (GAL) allerdings zeigte sich skeptisch. Wenn ein Straftäter wirklich gefährlich sei, könne er nicht vom Rechner aus überwacht werden, betont er.

## NACHGEFRAGT

## „Eine Frist ist sinnvoll“

Was halten Sie von der geplanten Reform der Sicherungsverwahrung?

Im Grundsatz finde ich die Abschaffung der nachträglichen Sicherungsverwahrung richtig, sie ist gescheitert. Sie hat Unmengen an Geld gekostet, und am Ende mussten weit über 90 Prozent der Straftäter doch entlassen werden. Die nachträgliche Sicherungsverwahrung ist eingeführt worden, um schludrige Urteile nachträglich zu verbessern. Während des ursprünglichen Prozesses hatte man die Gefährlichkeit der Angeklagten unter den Tisch fallen lassen, und schnell ein rechtskräftiges Urteil zu bekommen.

Die Sicherungsverwahrung unterscheidet sich kaum von der Haft, müsste sie anders gestaltet werden?

Ob es wirklich große Möglichkeiten gibt, sie ganz anders zu gestalten, ist fraglich. Die Männer, die in Sicherungsverwah-



Hans-Ludwig Kröber, Direktor des Instituts für Forensische Psychiatrie an der Charité.

rung sind, haben zu 80 Prozent schon Therapien hinter sich oder verweigern sich jeglicher Therapie. Es wird immer eine Gruppe von Tätern mit einer hartnäckigen Form von Antisozialität geben, die letztendlich in solchen Einrichtungen landen.

Was für einen Umgang mit der Sicherungsverwahrung wünschen Sie sich?

Ich würde es gutheißen, wenn wie vor 1998 die erste Sicherungsverwahrung auf zehn Jahre befristet wäre. Das hätte den Vorteil, dass diese Menschen motiviert wären, sich auf ein Leben draußen vorzubereiten, um nicht rückfällig zu werden. Heute ist es so, dass viele Täter resigniert haben, weil sie keine Perspektive für sich mehr haben. Sie verhalten sich psychisch. Dabei liegt die Rückfallquote bei solchen Tätern deutlich unter 50 Prozent.

Interview: Sarah Pancur

## BLICKPUNKT INNERE SICHERHEIT

## De Maizière warnt vor Wirtschaftsspionage

Innenminister stellt Verfassungsschutzbericht vor: „Ressortkreis“ soll Firmen künftig bei Prävention beraten

VON ALEXANDER DAHL

Berlin. Deutschlands Wohlstand und seine Position als Weltwirtschaftsmacht werden immer stärker von Spionen ausländischer Staaten bedroht. „Es gibt ein erhebliches Risiko für Firmen, Wissen- schaft und Forschung, ausgespäht zu werden, weil andere Länder so ihre Wirtschaftskraft verbessern wollen“, erklärte gestern Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) bei der Vorstellung des Verfassungsschutzberichtes 2009. Dies zu bekämpfen sei „eine neue Schwerpunkt- aufgabe der kommenden Jahre“, sagte der CDU-Politiker. Sorge bereite ihm, dass das Problem in der Wirtschaft unterschätzt werde; Informationsschutz müsse in jeder Firma Chefsache sein.

Laut de Maizière sind es in erster Linie Russland und China, die ihre Nachrichtendienste zum Einsammeln wertvoller



„Problem wird unterschätzt“: Thomas de Maizière.

Informationen nutzen. Aber auch Syrien, Iran, Libyen und Nordkorea versuchen, sich auf diese Weise, Wettbewerbsvorteile zu verschaffen. Die Spione sind oft unter dem Deckmantel des Diplomaten in den Botschaften der Länder untergebracht, als Journalisten akkreditiert oder arbeiten bei den Fluggesellschaften ihres Staates. Weitaus gefährlicher sei mittlerweile die Ausforschung via Internet. Ein „Ressortkreis Wirtschaftsschutz“ soll Unternehmen beraten. De Maizière machte deutlich, dass der Verfassungsschutz durch seinen gesetzlichen Auftrag nur Ausspähungen durch andere Staaten,

nicht aber durch ausländische Firmen, verhindern kann.

Besondere Sorge macht dem Inlandsgeheimdienst der Anstieg des Linksextremismus. Die von ihm verübten Straftaten stiegen von 3124 (2008) auf 4734 im vergangenen Jahr – ein Zuwachs von 51,5 Prozent. Dass die Zahl Gewalttaten von 701 (2008) auf 1115 im Jahr 2009 – und damit um fast 60 Prozent – wuchs, die Zahl der Mitglieder in linksextremistischen Gruppen mit 31 600 im Vergleich zum Vorjahr aber nur leicht zunahm. Von einem „Comeback des linken Terrorismus“, von dem das bayerische Innenministerium sprach, wollte de Maizière aber nicht reden: „Noch sind es Einzeltäter; der Terrorismus ist erst erreicht, wenn daraus ein Programm wird.“

Der Rechtsextremismus indes geht leicht zurück, „bleibt aber auf hohem Niveau“, so de Maizière. Im vergangenen Jahr wurden

18 750 Straftaten verübt – fast sechs Prozent weniger als 2008. Auch die Zahl der Mitglieder sinke; außerdem seien die Organisationen zerstritten und finanziell desolat – „gute Nachrichten für unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung“.

Eine Bedrohung bleibt laut de Maizière der islamisch begründete Terror. Rund 30 Personen haben sich 2009 aus Deutschland nach Pakistan oder Afghanistan abgesetzt, um eine paramilitärische Ausbildung zu erhalten. Etwa 200 Personen hatten dies schon vorher getan. Mit einer Telefon- und Internethotline will der Geheimdienst demnächst jene ködern, die sich vom Islamismus lossagen wollen. Laut Verfassungsschutz leben derzeit 36 270 Islamisten in Deutschland – rund 1500 mehr als 2008. Seit 2000 habe es in der Bundesrepublik sieben ernsthafte Anschlagversuche gegeben, erklärte der Chef des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Heinz Fromm.

## TOMICKEK

